

SdK e.V. - Hackenstraße 7b - 80331 München

Newsletter 12 | Wirecard AG

## Schadensersatzforderungen gegen Markus Braun

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend erhalten Sie weitere wichtige Informationen zum Insolvenzverfahren über das Vermögen der Wirecard AG.

## Arrestverfahren

Wie mehreren Presseberichten zu entnehmen ist, beantragte ein Rechtsanwalt, der selbst Aktionär der Wirecard AG war, beim Oberlandesgericht München einen dinglichen Arrest in das Vermögen des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Markus Braun. Das Gericht hat daraufhin den Arrest durch Beschluss angeordnet, da eine vorsätzliche Schädigung des Aktionärs durch Braun ausreichend wahrscheinlich sei.

Der dingliche Arrest dient grundsätzlich zur Sicherung der Zwangsvollstreckung. Er sichert einstweilen die Vollstreckung einer Forderung, ohne dass hierfür ein vollstreckbarer Titel für die zu sichernde Forderung vorliegen muss, wenn die Gefahr besteht, dass eine spätere Vollstreckung ansonsten vereitelt oder erheblich erschwert werden würde. Eine solche „Gefährdung“ der späteren Vollstreckung ist beispielsweise gegeben, wenn die Gefahr einer Vermögensverschiebung besteht. Der Arrest respektive die aufgrund der Vollziehung des Arrestes begründeten Arrestpfandrechte berechtigen noch nicht zur Verwertung der Vermögenswerte, um die Forderung zu erfüllen, sondern dienen nur der Sicherung. Für die Verwertung der durch die Arrestpfandrechte gesicherten Vermögenswerte bedarf es vielmehr eines gesonderten Titels über die geltend gemachte Forderung im sog. Hauptsacheverfahren, das streng vom Arrestverfahren als Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes zu trennen ist.

Das Verfahren birgt nach Einschätzung unserer Rechtsanwälte einige Risiken. Denn einem Arrestgläubiger dürfte in aller Regel unbekannt sein, welche vorrangigen Pfändungen vorliegen. Der Arrest könnte sich unter Umständen gar nicht lohnen. Bei der Begründung der aufgrund der Vollziehung der Arreste entstehenden Arrestpfandrechte gilt nämlich das Prioritätsprinzip mit der Folge, dass die gepfändeten Gegenstände nur insoweit für die Sicherung des eigenen Anspruches herangezogen werden können, als der Wert dieser nicht zur Sicherung der vorrangigen Arrestpfandgläubiger benötigt wird. Dieses Rangverhältnis setzt nach der Titulierung der Forderung und dem Erstarken der Arrestpfandrechte zu vollständigen Pfändungspfandrechten und damit auch in der Reihenfolge, in der die titulierten Ansprüche befriedigt werden, fort.

SdK-Geschäftsführung

Hackenstr. 7b

80331 München

Tel.: (089) 20 20 846 0

Fax: (089) 20 20 846 10

E-Mail: [info@sdk.org](mailto:info@sdk.org)

Vorsitzender

Daniel Bauer

Publikationsorgane

AnlegerPlus

AnlegerPlus News

Internet

[www.sdk.org](http://www.sdk.org)

[www.anlegerplus.de](http://www.anlegerplus.de)

Konto

Commerzbank

Wuppertal

Nr. 80 75 145

BLZ 330 403 10

IBAN:

DE38330403100807514500

BIC:

COBADEFFXXX

Vereinsregister

München

Nr. 202533

Steuernummer

143/221/40542

USt-ID-Nr.

DE174000297

Gläubiger-ID-Nr.

DE83ZZZ00000026217

Es ist auch keineswegs so, dass der Arrest in jedem Fall einen schnellen Rückfluss garantiert. Die Titulierung im Hauptsacheverfahren kann sich – unabhängig von einem möglichen Insolvenzverfahren über das Vermögen des Herrn Braun – über einen längeren Zeitraum hinziehen, insbesondere wenn Rechtsmittel eingelegt werden.

Wenn es auch im konkreten Fall fernliegend erscheinen mag, so muss doch auf die generelle Gefahr einer verschuldensunabhängigen Haftung für die sog. Vollziehungsschäden nach § 945 ZPO hingewiesen werden, wenn sich herausstellen sollte, dass die Forderung/der Anspruch nicht besteht.

Sollte es im weiteren Verlaufe zu einem Insolvenzverfahren über das Vermögen des Herrn Braun oder eines anderen Vorstands kommen, müssen darüber hinaus die Arrestpfandrechte insolvenzsicher erworben sein. Sind derartige Arrestpfandrechte allerdings insolvenzfest erworben worden, führt auch die Titulierung der Forderung im Insolvenzantragsverfahren oder im Insolvenzverfahren selbst, beispielsweise durch die Anerkennung der Forderung zur Insolvenztabelle, nicht zu einer Unwirksamkeit der aufgrund der Titulierung zu vollen Pfändungspfandrechten erstarkten Arrestpfandrechten und damit zu Absonderungsrechten.

Das wesentliche Argument gegen die Erwirkung eines Arrests beim gegenwärtigen Stand ist, dass die Staatsanwaltschaft München einen sog. Vermögensarrest (§111e StPO) in das Vermögen des Herrn Braun hat anordnen lassen. Die Vollziehung dieses Arrestes führt dazu, dass die Zwangsvollstreckung und damit auch die Erwirkung von Arrestpfandrechten in solche Gegenstände, die bereits aufgrund des „strafrechtlichen“ Vermögensarrestes gepfändet worden sind, nicht mehr zulässig sind (§ 111h Abs. 2 StPO). Damit können aufgrund neuer Arreste Arrestpfandrechte nur noch an solchen Gegenständen erwirkt werden, die die StA nicht gepfändet hat. Sind solche Vermögenswerte nicht vorhanden oder dem Arrestgläubiger nicht bekannt, kann der Arrest nicht vollzogen werden mit allen weiteren Folgen hieraus. Es dürfte eher eine Ausnahme sein, dass der Arrestgläubiger Kenntnis über Gegenstände hat, die die StA nicht kennt und nicht gepfändet hat.

Wir weisen darauf hin, dass nur einzelne, ausgewählte Aspekte des vielschichtigen Arrestverfahrens schlaglichtartig beleuchtet worden sind und keine vollständige Darstellung mit allen Vor- und Nachteilen erfolgt. Nach Einschätzung unserer Rechtsanwälte erscheint ein derartiges Vorgehen daher – zumindest gegenwärtig - nicht sinnvoll.

### **Schadensersatzklage gegen Herrn Braun wirtschaftlich voraussichtlich nicht aussichtsreich**

Eine Klage auf Schadensersatz gegen Herrn Braun würde nach Einschätzung unserer Rechtsanwälte mit hoher Wahrscheinlichkeit gewonnen werden. Zudem

dürften erhebliche Vermögenswerte vorhanden sein, darunter bei Herrn Braun mehrere Immobilien im In- und Ausland sowie Gelder aus dem Verkauf eines Aktienpakets kurz nach Bekanntwerden der Geschehnisse. Allerdings ist nach Einschätzung unserer Anwälte die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Herrn Braun in nächster Zeit nicht unwahrscheinlich. Der Wirecard AG könnten eventuell ebenfalls Schadensersatzansprüche in Milliardenhöhe gegen Herrn Braun zustehen. Diese würden vom Insolvenzverwalter über das Vermögen der Wirecard AG, Herrn Dr. Jaffé, geltend gemacht, sodass die Quote für den einzelnen Anleger bei einem Insolvenzverfahren über das Vermögen des Herrn Braun voraussichtlich äußerst gering sein dürfte. Es besteht daher die Gefahr, dass der Anleger für den Prozess mehr Kosten aufwenden muss, als er wieder zurück erhält. Denn sämtliche Kosten (eigene Rechtsanwaltskosten, Gerichtskosten) müssten zunächst verauslagt werden. Sollte es ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Herrn Braun geben, könnten diese Kosten nur im Insolvenzverfahren geltend gemacht werden und unterlägen der Insolvenzquote, sofern keine insolvenzfesten Pfandrechte bestehen. Aus wirtschaftlicher Sicht beurteilen unsere Anwälte daher eine Schadensersatzklage gegen Herrn Braun derzeit als nicht aussichtsreich.

München, den 04.09.2020

SdK Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger e.V.

*Hinweise: Die SdK hält eine Aktie der Wirecard AG! Die Nutzung der Informationen erfolgt auf eigenes Risiko des Nutzers. Insbesondere handelt es sich bei den Inhalten nicht um Anlageberatung, Kauf- bzw. Verkaufsempfehlungen, Zusicherungen hinsichtlich der weiteren Wertentwicklung, Rechts- oder Steuerberatungen. Die Information hat keinen Bezug zu den spezifischen Anlagezielen, zur finanziellen Situation, zu rechtlichen Fragestellungen oder zu sonstigen bestimmten Umständen des Empfängers. Geschäfte mit Finanzinstrumenten sind generell mit Risiken verbunden, die bis hin zum Totalverlust des eingesetzten Vermögens und in bestimmten Fällen auch zu einem Verlust über das eingesetzte Vermögen führen können. Der Empfänger sollte daher in jedem Fall vor Entscheidung über eine Geldanlage eine anleger- und anlegergerechte Beratung bei einem hierauf spezialisierten Anbieter in Anspruch nehmen.*